

**Antrag 100/I/2018****KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Quasi-Ausländer**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die  
 2 SPD- Abgeordnetenhausfraktion werden aufgefordert,  
 3 durch die Änderung der Ausführungsvorschriften der Ber-  
 4 liner Ausländerbehörde dafür Sorge zu tragen, dass jeder  
 5 Ausländer, der in Deutschland geboren und aufgewach-  
 6 sen ist, ausländerrechtlich als „Quasi-Inländer“ behan-  
 7 delt wird und nicht abgeschoben werden darf. Das gilt  
 8 auch dann, wenn ein in Deutschland aufgewachsener Ju-  
 9 gendlicher straffällig geworden ist.

10

**Begründung**

12 Die deutsche Politik erwartet, dass in Deutschland auf-  
 13 wachsende Ausländer sich in die deutschen Verhältnis-  
 14 se einleben (integrieren). Die Eltern dieser Kinder sollen  
 15 diesen Prozess, der in vielen Fällen – insbesondere dann,  
 16 wenn es sich um Mädchen handelt – eine radikale Abkehr  
 17 von gesellschaftlichen Verhaltensmuster des Herkunfts-  
 18 landes zur Folge hat, unterstützen oder zumindest dul-  
 19 den.

20

21 Für in dieser Weise „deutsch sozialisierte“ Kinder ist ei-  
 22 ne „Rückkehr in das Herkunftsland“ (ihrer Eltern) mit ei-  
 23 nem Verlust an elementaren Persönlichkeitsrechten ver-  
 24 bunden. Mädchen können sich oft nur durch zwanghafte  
 25 Verheiratung vor schwererem Schicksal bewahren.

26

27 In den Fällen, in denen die Sozialisation in Deutsch-  
 28 land misslingt und eine berufliche Integration nicht er-  
 29 reicht wird, die Heranwachsenden – wie viele autochtho-  
 30 ne Deutsche – z.B. mit Drogen in Berührung kommen und  
 31 auch straffällig werden, führt das in vielen Fällen zur Aus-  
 32 weisung. Ausweisungen bedeuten für diesen Personen-  
 33 kreis, dass eine Rückkehr unmöglich wird, weil sie auch  
 34 nach Aufhebung der Einreisesperre nicht nach Deutsch-  
 35 land zurückkehren können.

36

37 Vielen Ausländern sind diese Fälle ein Signal, ihre Kinder  
 38 – insbesondere die Mädchen – nicht in die deutsche Ge-  
 39 sellschaft zu integrieren, so lange Deutschland nicht be-  
 40 reit ist, sich zu der Verantwortung auch in den Fällen zu  
 41 bekennen, in denen die Heranwachsenden bei ihrer Inte-  
 42 gration in die „deutsche Gesellschaft“ auch mit deren ne-  
 43 gativen Seiten in Berührung kommen.

44

45 Wer in Deutschland aufwächst, ist ein Quasi-Inländer,  
 46 auch wenn er - wie viele Deutsche - vorübergehend den  
 47 Weg in eine positive gesellschaftliche Rolle nicht gefun-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Kein Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats, der SPD-  
 Abgeordnetenhausfraktion und der **SPD Bundestagsfrak-  
 tion** werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass je-  
 der Ausländer, der in Deutschland geboren und aufge-  
 wachsen ist, ausländerrechtlich als „Quasi-Inländer“ be-  
 handelt wird und nicht abgeschoben werden darf. Das gilt  
 auch dann, wenn ein in Deutschland aufgewachsener Ju-  
 gendlicher straffällig geworden ist.

48 den hat.

49

50 Nur Juristen können verstehen, dass derjenige, der in  
51 Deutschland geboren und ausschließlich in diesem Land  
52 aufgewachsen (sozialisiert) ist, kein „Quasi-Inländer“ ist,  
53 wenn er straffällig geworden ist oder seinen Lebensunter-  
54 halt nicht sichern kann. Nach dieser Logik wäre auch der-  
55 jenige kein Inländer, der als deutscher Staatsbürger gebo-  
56 ren und ebenfalls vorübergehend auf die falsche Bahn ge-  
57 raten ist.